

Aktuelle Herausforderungen im Bereich der Politischen Bildung

Politische Bildung hat eine lange Tradition, nicht nur in Deutschland. In nicht-demokratischen Staatsformen steht die Erziehung zur Loyalität gegenüber dem Staat und seinen Staatsoberhäuptern im Vordergrund. In demokratischen Staaten geht es in erster Linie darum, die Bürger für die Wahrnehmung ihrer Interessen und für die aktive Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu befähigen.

Ziel politischer Bildung in Deutschland ist es, den Bürgern systematische Kenntnisse über unser demokratisches System und das Rüstzeug zum politischen Handeln und zur politischen Mitgestaltung zu vermitteln. Nicht nur die Eliten, sondern alle gesellschaftlichen Gruppierungen sollen bei den Prozessen mitgenommen werden. Laut Weiterbildungsstatistik macht die politische Bildung immerhin um die 9 Prozent am Gesamtvolumen der Erwachsenenbildung aus.

Nun könnte man fragen, ob nach einem so langen Zeitraum gelebter Demokratie in Deutschland nicht jeder Bürger selbstverständlich die Abläufe von Demokratie verinnerlicht hat und ob unsere Demokratie nicht auf so stabilen Beinen steht, dass wir nicht weiter für sie beim Bürger werben müssen. Dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass die nachfolgenden Generationen in ein demokratisches System hineinwachsen und von Eltern und Lehrern zur Demokratie erzogen werden?

So einfach ist es leider nicht. Demokratie ist kein Selbstläufer und unterliegt fortwährenden Entwicklungsprozessen. Die Welt verändert sich rasant durch Globalisierung, Flüchtlingsströme, Digitalisierung, Technisierung, Radikalisierungen und vieles mehr. Die Idee der Demokratie basiert auf dem mündigen Staatsbürger. Und dieser Staatsbürger muss sich heute mit ganz anderen Problemlagen und Anforderungen an die Politik und den Staat auseinandersetzen als seine Vorfahren. Die Möglichkeiten der Mitgestaltung haben sich gravierend verändert. Damit der Bürger mitgestalten kann, muss er Hintergründe kennen und Mechanismen verstehen. Es ist wichtig, dass sich Menschen fähig fühlen, die ihnen zuge dachte Teilhabe anzunehmen und nicht nur wenigen Experten überlassen.

Viele Journalisten und Experten sehen unsere Demokratie heute durchaus in Gefahr. Denn nicht nur irgendwo auf der Welt, sondern selbst in Europa erstarken politische Mächte, die ein solidarisches Miteinander zwischen und innerhalb der Staaten gefährden. Populistische Strömungen sind in vielen, auch demokratischen Nationen, zu beobachten.

Der heutige Mensch erhält so viele Informationen wie keine Generation vor ihm. Dies ist Segen und Fluch zugleich. Denn diese Überflutung mit Informationen führt dazu, dass viele Menschen sie nicht mehr richtig überprüfen und filtern können. Nutzer sozialer Netzwerke können oft nicht einmal zwischen inhaltlichen Beiträgen und Werbung unterscheiden. Nach einer Bitkom-Umfrage, deren Ergebnisse Mitte Juli 2018 veröffentlicht wurden, kann fast jeder Zweite (48 Prozent) die über Banner, Werbe-Videos, Pop-Ups oder in die Kamera gehaltenen Produkte und Inhalte nicht trennen. Besonders stark sei diese Schwierigkeit bei den Nutzern zwischen 14 und 29 Jahren verbreitet, bei denen sogar 56 Prozent Probleme mit der Trennung zwischen Werbung und Inhalt haben. Ein Großteil der jungen Menschen liest heute keine Tageszeitung, weder in Papierform noch online, sondern informiert sich über Facebook, Twitter und andere neue Medien.

Über die neuen Medien findet die politische Information und Diskussion oftmals nur auf Stammtischniveau statt. Hasstiraden und Hetze durchziehen die neuen Medien. Auch in Online-Foren der Zeitungen toben sich, oftmals anonym, in respektlosester Art die Nutzer aus. Sachlichkeit - Fehlanzeige! In den sozialen Netzwerken, Foren und Blogs hat jeder die Möglichkeit, seine eigene Wahrheit, seine eigenen Ansichten oder Erfindungen einzustellen. Wie weit sich mittlerweile die Verbreitung von Falschmeldungen bzw. schlecht recherchierten

Meldungen über das Internet hinaus bis in die Welt der vermeintlich seriösen Medien hineinzieht, zeigte Mitte Juni 2018 die Falschmeldung über die angebliche Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag, welche die Nachrichtenagentur Reuters verbreitete. Sie hatte eine Meldung eines Satiremagazins ungeprüft übernommen. Anfang Juli 2018 kommentierte der Chefredakteur von ARD-aktuell und damit immerhin der Leiter einer der wichtigsten deutschen Nachrichtenredaktionen den Rücktritt von Bundesinnenminister Heiko Maas, der jedoch gar nicht zurückgetreten war. Dieser hatte lediglich parteiintern seinen Rücktritt angeboten.

Die digitale Welt macht unseren Staat und unsere Demokratie in ungeahnter Weise angreifbar. Cyberangriffe und Einmischungen in Wahlkämpfe durch ausländische Staaten sind neue Instrumente der Außenpolitik geworden.

Die vielfältige Medienlandschaft ist ohne Frage ein zentraler Baustein der Demokratie. Die neuen Medien bieten Menschen, die mit der Berichterstattung der „Mainstream-Medien“ nicht einverstanden sind, ein Forum. Gegen diese neue Vielfalt und die neuen Medien ist generell also nichts einzuwenden, wenn man richtig damit umzugehen weiß. Politische Bildung muss sich somit stärker als zuvor dem kritischen Umgang mit Medien zuwenden. Die Bürger müssen verstehen, wie sie funktionieren und aus welchen Motiven heraus sie agieren. Welche Interessen verfolgen sie? Wie beeinflussen sie unsere Wahrnehmung und Gesellschaft?

Neben diesem Problem der Nachrichtenqualität erleben wir zunehmend die Gewaltausübung durch Sprache, Diskriminierung und Respektlosigkeit im Umgang miteinander. Gewalttätigkeiten, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtspopulismus sind auf dem Vormarsch. Bekommen wir diese Entwicklungen nicht in den Griff, wird auch Integration schwierig. Unsere Demokratie muss aktuell somit an vielen Stellen verteidigt werden.

Eine Demokratie muss wehrhaft sein. Dazu bedarf es engagierter Menschen, die für die Demokratie eintreten, die die Gefahren erkennen und mit ihnen umzugehen wissen. Ohne ständige Bewusstseinsbildung für Menschenrechte, für Werte und für Demokratie geht es nicht. Ohne die Vermittlung von Hintergrundwissen aus den Bereichen von Politik, Geschichte, Religionswissenschaften oder Geografie werden Menschen viele Ursachen von Konflikten und Problemlagen nicht verstehen.

Die Vermittlung von Werten, von Toleranz und von einer sachlichen Streitkultur sowie das Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen und die Bereitschaft zum Engagement können nicht nur durch den Staat erfolgen. Dies muss überall stattfinden, wo Menschen zusammenkommen: in der Familie, in der Schule, im Verein, in der Kirchengemeinde usw.

Es ist wichtig, dass im Bereich der Politischen Bildung mit der Bundeszentrale für politische Bildung, den Stiftungen der Parteien, den Kirchen, den Volkshochschulen, der Bundeswehr, den Wohlfahrtsverbänden oder Verwaltungen, Hilfsorganisationen sowie zahlreichen Bildungseinrichtungen viele an einem Strang ziehen, um den Bürgern eine grundlegende Demokratiekompetenz zu vermitteln. Sie machen dort weiter, wo Schule aufhört. Einige dieser Organisationen engagieren sich auch im Kampf gegen das Analphabetentum. Auch wenn man sich das in einem Land mit Schulpflicht nicht vorstellen kann: In Deutschland werden rund 7,5 Millionen Erwachsene dem funktionalen Analphabetentum zugerechnet. Das heißt, diese Menschen haben so minimale Lese- und Schreibkompetenzen, dass sie nicht mehrere Sätze sinnentnehmend lesen oder schreiben können, allenfalls einzelne Wörter. Damit sind sie von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe weitgehend ausgeschlossen. Die Förderung der Sprach- und Lesekompetenz ist damit ein wichtiger Grundstein für politischer Bildung und Mitwirkung.

Gerade Volkshochschulen sind flächendeckend in Deutschland verbreitet und haben einen hohen Bekanntheitsgrad. Die vhs-Programme liegen in vielen Rathäusern, Beratungsstellen, Banken oder Sparkassen usw. aus. Fast jeder kennt jemanden, der bereits ein oder mehrere Angebote der Volkshochschule wahrgenommen hat. Zudem steht die Volkshochschule im Ruf, nicht zu abgehoben-akademisch ausgerichtet zu sein. Das senkt die Hemmschwelle, an einem Angebot der vhs teilzunehmen. Wir brauchen ein großes Spektrum an Angeboten, von niedrigschwellig bis akademisch, um viele Bevölkerungsgruppen ansprechen zu können. Dabei sind unsere Volkshochschulen mit ihren meist wohnortnahen Angeboten unverzichtbar.

Dr. Astrid Mannes MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung